

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 11
40. Plenarsitzung, Donnerstag, 2. März 2023

Redebeitrag zum Antrag der CDU-Landtagsfraktion
„Flüchtlingspolitik ehrlich denken – Kommunen und Gesellschaft entlasten“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

02.03.2023

Anrede,

„Dies ist unser Dilemma: Wir wollen helfen, unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich“. Formuliert hat diese Worte kein geringerer als der damalige Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit im Oktober 2015. Er hat damit sehr treffend zum Ausdruck gebracht, wo die Probleme liegen. Damals wie heute. Es geht nicht darum, dass wir nicht helfen wollen. Und es geht schon gar nicht darum, dass wir niemandem helfen wollen.

Das Gegenteil ist richtig und das hat unser Land, das haben die Menschen in unserem Land, über Jahrzehnte unter Beweis gestellt. Mit großen Anstrengungen unserer Kommunen und beispielgebendem ehrenamtlichem Engagement gegenüber Menschen in Not. Es geht also um die Frage, wie vielen Menschen wir helfen können.

Millionen Menschen finden hier Zuflucht und Hilfe. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Syrien, Flüchtlinge aus Afghanistan, der Türkei oder dem Iran und aus vielen anderen Ländern. Neben Polen hat kein anderes Land so viele Menschen aus der Ukraine aufgenommen wie Deutschland – über 1 Mio. Das ist eine gewaltige Leistung, eine gewaltige Kraftanstrengung und wir werden auch künftig an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen, die vor Putins Granaten und Raketen flüchten müssen.

Rheinland-Pfalz hat im vergangenen Jahr rund 58.000 Flüchtlinge aufgenommen. Im Jahr zuvor waren es rund 53.000 Menschen. An diesen Zahlen zeigt sich, dass es um viel mehr geht als nur darum, für Zehntausende Menschen das Essen und Trinken am ersten Tag, am zweiten, am dritten und vierten zu organisieren. Um viel mehr als für jede Frau, jeden Mann, für jedes Kind, ein ordentliches Bett unter einem ordentlichen Dach bereitzustellen.

Aber bereits hier haben wir ein gewaltiges Problem. Unsere Kommunen sind am Limit. Ihre sächlichen, personellen und finanziellen Ressourcen sind begrenzt. Die Unterbringungskapazitäten sind ausgeschöpft. Es mangelt aller Orten an Wohnraum. Sie brauchen dringend Entlastung und Hilfe.

Anrede,

aber es geht um noch mehr. Um die Frage, wie wir die, die hierherkommen, ordentlich versorgen und die, die bleiben dürfen, ordentlich integrieren können. Wo haben sie zumindest nächstes Jahr ihre Wohnung, wo gehen die Kinder in die Schule oder in den Kindergarten. Wie gewährleisten wir eine angemessene Gesundheitsversorgung, wie eine soziale Betreuung.

Wenn wir 50.000 bis 60.000 Menschen aufnehmen, entspricht das z.B. der Stadt Neustadt a.d.W. mit seinen rd. 53.000 Einwohnern. Setzt sich das fort, dann heißt das, dass allein in Rheinland-Pfalz jedes Jahr die Infrastruktur einer Stadt wie Neustadt a.d.W. neu geschaffen werden muss. Ich denke, schon an diesem praktischen Beispiel wird die Dimension dessen deutlich, was geleistet wird. Natürlich haben wir gegenwärtig eine besondere Situation aufgrund der Fluchtbewegung aus der Ukraine. Das ist richtig. Richtig ist aber auch, dass die Asylbewerberzahlen aktuell wieder von Monat zu Monat steigen.

Erinnern wir uns an 2015: Da hat Rheinland-Pfalz rd. 53.000 Asylbewerber aufgenommen. Die schwierige Situation, in der wir jetzt stehen, hängt gerade auch mit dem Zuzug vieler Menschen in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten zusammen. Das verschärft die Gesamtlage und bringt Kommunen und Gesellschaft jetzt an die Grenze der Aufnahmefähigkeit. Darauf müssen wir reagieren.

Anrede,

wir müssen uns in der Flüchtlingspolitik ehrlich machen. Ja, wir müssen als wohlhabendes Land viel bei der Aufnahme von Verfolgten leisten, wir können dabei viel leisten und wir leisten viel dabei. Aber den Eindruck zu erwecken als ob das beliebig erweiterbar wäre, das wäre falsch. Zumal wir jetzt deutlich sehen, dass die Zuwanderung von Flüchtlingen zunehmend auf eine Mangelsituation in den unterschiedlichsten Bereichen trifft:

- Allein in Worms fehlen 800 Kita-Plätze, 1000 Menschen stehen dort auf der Warteliste für eine Wohnung.
- Laut Bertelsmann-Stiftung brauchen wir allein Tausende von zusätzlichen Fachkräften bis 2030 in den hiesigen Kitas.
- Immer mehr Krankenhäuser müssen aufgrund Unterfinanzierung gänzlich oder partiell schließen
- Allein in den Krankenhäusern besteht aktuell ein Nachbesetzungsbedarf von 1000 Stellen bei den Ärzten, 40 Prozent der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sind 60 Jahre alt oder älter und fehlen uns in den nächsten Jahren mit Eintritt ins Rentenalter.
- Bis 2035 werden in Rheinland-Pfalz zwischen 23.000 und 32.000 Vollzeitstellen in der Pflege neu oder nach zu besetzen sein. Schon jetzt fehlen aber in Deutschland rd. 200.000 Pflegerkräfte.

Machen wir uns nichts vor: Hier liegt insgesamt gesehen großer sozialer Sprengstoff. Wir werden die gewachsene Hilfskultur in unserem Land nur aufrechterhalten können, wenn die Grenzen der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit nicht überdehnt werden. Ohne eine deutliche Begrenzung der Zuwanderung, insbesondere von Asylbewerbern, wird das nicht gelingen.

Deshalb erwarten wir vom Bund u. a.:

- Die Migrationskrise muss Chefsache werden. Notwendig ist ein echter, vollwertiger Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt mit den Kommunen.
- Einführung von lageangepassten Kontrollen der deutschen Binnengrenzen. Denn die Drittstaatenregelung wird gegenwärtig ausgehöhlt. Zu viele Schengen-Staaten winken Flüchtlinge einfach durch.
- Reduzierung von Fehlanreizen. Deshalb: Sachleistungen für Asylbewerber statt Geldleistungen.
- Bereitstellung von mehr nutzbaren Bundesimmobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen.

und vom Land:

- Vollständige Erstattung der Kosten der Kommunen für Unterbringung, Integration und gesundheitliche Versorgung der Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge.
- Bis dahin müssen auch solche Haushalte von der Kommunalaufsicht genehmigt werden, die aufgrund der Ausgaben für Flüchtlinge unausgeglichen sind.
- Mitfinanzierung des aktuellen Personalmehrbedarfs der kommunalen Ausländerbehörden.
- Konsequente Umsetzung der Asylentscheidungen. Wer keinen Aufenthaltsstatus erlangt, muss in sein Heimatland zurückgeführt werden.
- Zustimmung zur bereits Anfang 2019 vom Bundestag beschlossene Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien sowie Georgien als sichere Herkunftsländer.